

LEITARTIKEL

Der polizeiliche Alltag in der Pandemie

Gewalt gegen Polizeibeamte/Durchsetzung des Rechts-, Arbeits- und Gesundheitsschutzes

Jedes Jahr wiederholt sich ein ähnliches Prozedere: Die Statistiken um die Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte werden öffentlich. In diesem Fall hat der ehemalige Polizist und jetzige FDP-Landtagsabgeordnete Jörg Hansen die erschreckenden Zahlen durch eine Kleine Anfrage offengelegt.

Erschreckend: Mehr verletzte Polizisten

Für mich besonders erschreckend: Es wurden im letzten Jahr 438 verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte und damit 52 mehr als 2019 gezählt. Durchschnittlich wird jeden Tag im Jahr mindestens eine Polizistin oder ein Polizist durch Gewalteinwirkung verletzt, oft sogar noch weitere. Die gemeldeten Zahlen befinden sich auf erschreckend hohem Niveau und lassen keine Entwarnung zu. Es bleibt ein gesellschaftliches Problem. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei benötigen mehr denn je den Rückhalt in der Bevölkerung und der Politik!

Verschiedene Pressevertreter fragten, warum in relativ „ruhigen“ Lockdownzeiten die Zahlen trotzdem so hoch seien. Letztendlich mussten meine Antworten vage bleiben. Somit ist es meine Spekulation, dass die Geiztheit der in ihrer Freiheit und Bewegung eingeschränkten Menschen deutlich zunimmt und auch zu Gewalt gegenüber staatlichen Repräsentanten führen kann.

Blick auf den polizeilichen Alltag notwendig

Diese immer wiederkehrenden erschreckenden Belege der Gewalt gegen Polizisten müs-

sen dazu führen, einen Blick auf den Alltag unserer Kolleginnen und Kollegen zu werfen. Viele erleben diese unfassbare Respektlosigkeit jeden Tag und immer wieder. Es ist laut, nervenaufreibend und das in einigen Bereichen in fast jeder Schicht, jeden Tag und rund um die Uhr. Es darf nie normal sein, Polizisten zu beleidigen oder anzugreifen. Immer wieder wird um Lösungen diskutiert:

Politische Respektkampagnen, die stetige politische, mediale und gewerkschaftliche Thematisierung, die Forderung nach konsequentem justiziablem Handeln im Anschluss an solche Taten, gute Schutzausrüstungen sowie ein modernisiertes Polizeirecht sind richtige und gute Ansätze.



Foto: Thomas Gründemann (3)

Gewalt gegen Polizeibeamte

Jörg Hansen: Die Gründe, warum die Zahl der Angriffe im Corona-Jahr nicht gesunken ist, müssen wir jetzt unbedingt herausfinden. Eine Erklärung könnte sein, dass das Gewaltpotential in der Bevölkerung gestiegen ist. Das Ergebnis unserer Abfrage ist in jedem Fall beunruhigend und wirft Fragen auf. Fragen, denen ich jetzt nachgehe. Dabei werde ich im engen Austausch mit der GdP bleiben.



Landespolizeidirektor Michael Wilksen: Die Vielzahl der Fälle von Angriffen führt wieder in leidvoller Weise deutlich vor Augen, dass der Polizeiberuf kein Job, sondern ein Beruf mit außergewöhnlichen Gefahren und Anforderungen sei. Die Landespolizei versteht sich als Bürgerpolizei. Wir sind auf den Rückhalt der Bevölkerung sowie die Wertschätzung in der Gesellschaft angewiesen. Eine Entfremdung wäre Gift für unseren demokratischen Rechtsstaat und deren Institutionen.



Polizisten brauchen Halt – Bedarf an psychologischen Fachkräften ist da

Wir müssen den Kolleginnen und Kollegen aber auf geeignete Art und Weise auch versuchen, Halt zu geben, mit diesen permanenten Belastungen und Gefahren des

Dienstes umzugehen. Dazu benötigen wir zehn weitere qualifizierte Fachkräfte, beispielsweise Psychologen, in der Landespolizei. Sie sind notwendig, um mit den Kolleginnen und Kollegen einsatznachbereitend beispielsweise durch die Organisation von kollegialer Supervision und auch anlasslos-

sen Gesprächsrunden gemeinsam arbeiten zu können. Eine zentrale Ansprechstelle im Landespolizeiamt könnte diese Tätigkeiten für die Kolleginnen und Kollegen koordinieren. Diese Art von Prävention ist in der Landespolizei geboten und sollte fraktionsübergreifend von den demokratischen Abgeordneten im Landtag unterstützt werden.



Fragen im Zusammenhang mit Räumungseinsatz des Flensburger Bahnhofswaldes

Der polizeiliche Alltag wird für Polizisten in Pandemiezeiten nochmals deutlich anspruchsvoller. Sie müssen weiter ihre oft schwierigen Aufgaben erfüllen und das Recht gegebenenfalls auch mit Zwang durchsetzen. Sehr fokussiert und polarisierend wurde es deutlich bei der Diskussion um den letztendlich abgesagten beziehungsweise verschobenen Räumungseinsatz des Flensburger Bahnhofswaldes. Was wiegt wie schwer? Die zweifelsohne vorhandene Notwendigkeit zur Durchsetzung rechtlicher Ansprüche oder der Anspruch auf wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz und Gefährdungsminimierung, mindestens dadurch, dass ein solches Vorhaben zeitlich verschoben wird?

Die GdP hat dazu eine Haltung entwickelt, den Einsatz unter dieser Güterabwägung besser zu verschieben. Letztendlich wurde die Räumung durch eine Entscheidung der Oberbürgermeisterin Flensburgs, Simone Lange, ein Amtshilfeersuchen aufgrund neuer Erkenntnisse in der Pandemiephase zurückzuziehen, verschoben.

Verständnis für die Einsatzverantwortlichen, aber Erleichterung über Verschiebung

Ich kann die Verantwortlichen verstehen, die viel Energie und Zeit in die Vorbereitung gesteckt haben, und jetzt kritisch auf diese kurzfristige Entscheidung der Oberbürgermeisterin und die Rolle der GdP blicken. Mit uns konnten auch viele Kolleginnen und Kollegen die Verschiebung zu diesem Zeitpunkt sehr erleichtert zur Kenntnis nehmen. Schließlich blieb ihnen damit ein Einsatz mit erheblichen Infektionsgefahren erspart. Arbeits- und Gesundheitsschutz sind und bleiben sehr zentrale gewerkschaftliche Themen. Das wurde in einem intensiven Austausch des Landesvorstandes Ende Januar mehr als deutlich! Es wurden Vorschläge zur Ergänzung eines recht gut funktionierenden Hygiene- und Schutzkonzeptes in der Landespolizei erarbeitet, so wird

ein flächendeckendes Schnelltestungskonzept vorgeschlagen. Da Schleswig-Holstein noch immer keine feste zweite Einsatzhundertschaft zur Verfügung hat, müssten für eventuelle Großeinsätze modulare Einzeldiensthundertschaften unter Aufbrechen des Kohortenprinzips eingesetzt werden. Daher ist es besonders wichtig, zeitgerechte und transparente Arbeits- und Gesundheitsschutzkonzepte für geschlossene Einsätze in Abstimmung mit den Personalräten und Gremien zu entwickeln. Hier sollten auch mögliche Isolationszeiten nach dem Einsatz für die durchmischten Kräfte eingeplant werden. Notfalls sollte bei der Kräfteplanung ausschließlich auf feststehende Einsatzhundertschaften zurückgegriffen werden, damit Kohorten nicht unnötig aufgebrochen werden.

Übertragung des sogenannten Kinderkrankengeldes und flexible Sonderurlaubsmöglichkeiten – Entscheidungen vor Ort

Zu begrüßen sind die Regelungen der Landesregierung zur Übertragung des sogenannten Kinderkrankengeldes und flexible Sonderurlaubsmöglichkeiten bei Betreuungsbedarf. Die Umsetzung in der Praxis wird sehr unterschiedlich wahrgenommen. Die GdP schlägt dazu vor, die Zuständigkeit zumindest während der Pandemie auf die Behörden und Dienststellen vor Ort zu verlagern, um insbesondere in Schichtdienstsystemen die Möglichkeit einer angemessenen und vor allem schnellen Entscheidung nah bei den Kolleginnen und Kollegen zu treffen. Auch wenn es eingeschränkte Notbetreuungsmöglichkeiten in Kitas oder Schulen gibt, in der Pandemie ist es oft viel vernünftiger, die Kinder zu Hause zu betreuen.

Belastungen für Auszubildende und Studenten

Unsere Auszubildenden und Studenten erleben die Corona-Pandemie oft als erhebliche Belastung. Obwohl die PD AFB, die FHVD sowie die Lehrkräfte und Dozenten alle Anstrengungen unternehmen, auch digitale Ausbildung anzubieten, scheitern doch viele Studenten und Auszubildende an diesen Bedingungen. Das ist sehr bedauernd-

wert, weil wir jede geeignete Kollegin und jeden geeigneten Kollegen in der Landespolizei benötigen. Wir fordern noch einmal insbesondere die Politik auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Pandemiezeit ähnlich wie an anderen Hoch- und Fachhochschulen anzupassen. Es wird auch dann nicht jeder schaffen, aber einen Versuch wäre es wert. Wir haben nämlich keine besser geeigneten Bewerberinnen und Bewerber.

GdP-Forderung nach Anerkennung eines Dienstunfalls bei Corona-Erkrankung im Dienst

Die versorgungsrechtliche Absicherung von Polizeibeamten und -beschäftigten während einer Pandemie im Sinne des Infektionsschutzgesetzes muss schnellstmöglich gesetzlich geregelt werden. Erkrankten Kolleginnen und Kollegen wegen der Art einer dienstlichen Verrichtung mit erhöhten Kontakthäufigkeiten, verminderten Schutzmöglichkeiten oder zur Durchsetzung von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Pandemie, so sollte die Erkrankung als durch dienstlich veranlasste Verhältnisse verursachter Dienstunfall anerkannt werden. Die GdP wird dazu auf Bundes- und Landesebene konkrete Vorschläge zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes unterbreiten.

Festgelegte Impfpriorisierungen werden akzeptiert

Politisch und gesellschaftlich wird sehr kritisch um die Umsetzung der Impfkonzeptherungen. Wir haben uns aus Akzeptanz zu festgelegten Impfpriorisierungen bisher mit öffentlicher Kommentierung und Forderungen bewusst zurückgehalten. Wir wissen, dass sich die Landespolizei vorbereitet, diese sollte jetzt aber auch kommuniziert werden. Die Unsicherheiten, Fragen und auch Erwartungshaltungen unserer Kolleginnen und Kollegen werden größer. Bitte bleibt gesund!

Torsten Jäger
GdP-Landesvorsitzender



Die Aufnahme entstand bei der Vereidigung des Jahrgangs im September 2018. Archivfoto: Gründemann

LANDESPOLIZEI

„Seid selbstbewusste Polizeibeamte“

+++ Ausbildungsende: 81 Nachwuchspolizistinnen und -polizisten freuen sich über Ernennung +++
 Wegen Corona-Pandemie: Verzicht auf Festakt
 +++ Glückwünsche auch von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) +++
 Katinka Peschel: Jahrgangsbeste

Eutin – 81 junge Polizistinnen und Polizisten haben es geschafft: Nach zweieinhalb Jahren beendeten sie erfolgreich ihre Ausbildung und wurden zu Polizeiobermeisterinnen und Polizeiobermeistern ernannt. Gewöhnlich erfolgt die Übergabe der Ernennungsurkunden an die Nachwuchspolizisten im Rahmen eines Festaktes. In diesem Jahr verhinderte die Corona-Pandemie jedoch eine Abschlussfeier. Die gestiegenen Infektionszahlen und verschärften Bestimmungen ließen die Ernennungsfeier aktuell nicht zu. So erhielten alle erfolgreichen Auszubildenden ihre Zeugnisse und Ernennungsurkunden unmittelbar nach der Prüfung.

Anerkennende Worte richteten Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack, der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium Dr. Torsten Holleck sowie Landespolizeidirektor Michael Wilksen und die Leiterin der PD AFB Maren Freyher in einem persönlichen Schreiben an die Auszubildenden, die zudem mit einem kleinen Präsent bedacht wurden. „Leider ist es mir aufgrund der besonderen Umstände nicht möglich, Ihre Leistung in einem Festakt zu würdigen und Ihnen die Ernennungsurkunden in einem feierlichen Rahmen persönlich zu überreichen“, schrieb die Innenministerin den 23 Frauen und 58 Männern zum erfolgreichen Abschluss ih-

rer zweieinhalbjährigen Ausbildung. Mit viel Fleiß, Einsatz und hohem persönlichen Engagement habe der Polizeinachwuchs die letzte Hürde gemeistert.

Sabine Sütterlin-Waack wünschte den Absolventen für ihren Einstieg in die polizeiliche Laufbahn alles erdenklich Gute, „viel Spaß in Ihrer täglichen Arbeit und bleiben Sie gesund!“.

In fünf Gruppen hatte der Jahrgang im August 2018 seine Ausbildung begonnen. Zwei Jahre später waren es insgesamt noch 98 Auszubildende, davon 28 Frauen, die die Abschlussausbildung aufgenommen hatten. In der ersten Hälfte vergangenen Jahres hatten sich die Auszubildenden im Berufspraktikum befunden und erlebten die Auswirkungen des ersten Lockdowns vor Ort im Einzeldienst. Der Vorteil: Sie blieben von den Auswirkungen für den Ausbildungsbetrieb auf Hubertushöhe im Frühjahr verschont. Nach Beendigung des Praktikums und der Rückkehr nach Eutin im August 2020 wurde der gesamte Jahrgang nach Kiebitzhörn ausgelagert und dort unter Beachtung der geltenden Hygienekonzepte der Behörde nach dem Kohortenprinzip unterrichtet.

So waren es 83 Auszubildende, davon 23 Beamtinnen, die zur mündlichen Prüfung zugelassen werden konnten. Bis auf zwei Auszubildende erreichten alle das Ziel. Die jungen Polizistinnen und Polizisten werden nun ab 1. Februar ihren ersten regulären Dienstposten im polizeilichen Einzeldienst oder in der Einsatzhundertschaft



Foto: GdP



Katinka Peschel beendete als Jahrgangsbeste die Ausbildung.

wahrnehmen. „Ich freue mich über die tatkräftige Verstärkung in der großen Familie der Landespolizei“, betonte die Innenministerin Sütterlin-Waack.

Als Jahrgangsbeste ragte Katinka Peschel mit 13,43 Punkten hervor.

Die 25-Jährige freute sich über ihren erfolgreichen Abschluss. „Es waren schöne, lustige und auch oftmals nervenaufreibende zweieinhalb Jahre Ausbildung. Ich habe in dieser Zeit wirklich viel erleben dürfen, wofür ich sehr dankbar bin: Besonders beeindruckend war die Israel-Reise im April vor zwei Jahren“, sagte die Tochter eines Bundespolizisten rückblickend. Aber auch Handballreisen nach Sachsen und Hessen blieben ihr positiv in Erinnerung.

„Es waren aber vor allem die tollen Momente mit neuen lieben Menschen, die in der Ausbildungszeit zum Teil zu richtigen Freunden gewachsen sind“, hebt Katinka Peschel heraus. Ein großes Dankeschön richtet die Jahrgangsbeste aber auch an die Ausbilder. „Sie haben uns tatkräftig und verständnisvoll durch diese Jahre begleitet und

das nötige Rüstzeug für unseren anspruchsvollen Beruf gegeben. Wir haben es ihnen sicherlich auch nicht immer leicht gemacht“, ahnt Peschel.

Betrübt zeigte sich die frisch gebackene Polizeiobermeisterin, dass die schöne gemeinsame Zeit aufgrund der Corona-Lage nicht gebürtig gefeiert werden konnte. „Vielleicht können wir in naher Zukunft, wenn es die Umstände zulassen, mit allen doch noch einmal gemeinsam anstoßen. Das wäre sehr schön“, so Peschel hoff-

nungsvoll. Jetzt freut sich die junge Polizistin auf die kommenden Herausforderungen in ihrem Traumberuf.

Nach der Jahrgangsbesten folgten Jonas Schöne-Warnefeld, Monique Wolfgramm, Malte Hammann, Finn Mattis Keller, Tom Behrens, Thessa-Marie Dewald, Marcel Plambeck, Annemarie Will, Mandy Liebig, Yannic Popp und Roman Schilling. Alle beendeten ihre Ausbildung mit der Note „gut“.

Auch die **Gewerkschaft der Polizei (GdP)** teilte die Erleichterung der erfolgreichen Nachwuchspolizistinnen und -polizisten über das Ende der anspruchsvollen Ausbildungszeit. „Herzlichen Glückwunsche liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt die Ernennungsurkunden mehr als verdient! In schwierigsten Zeiten habt ihr es geschafft. Wir brauchen eure Unterstützung ganz dringend. Seid selbstbewusste Polizeibeamte und bleibt gesund“, so der Appell des GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger und des Regionalgruppenvorsitzenden der PD AFB Thomas Mertin.

Thomas Gründemann

DP – Deutsche Polizei Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 1709-1
Telefax (0431) 1709-2
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion

Thomas Gründemann (V.i.S.d.P.)
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 1709-1
gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de



INTERVIEW

Im Gespräch

Vorgestellt: Peter Berndt und Martina Hamester vom Örtlichen Personalrat der PD Itzehoe

Itzehoe/tgr – Peter Berndt und Martina Hamester tragen gemeinsam Verantwortung für den Örtlichen Personalrat und damit für gut 513 Beschäftigte (davon 59 Tarifbeschäftigte und 4 Verwaltungsbeamte) der Polizeidirektion Itzehoe.

DP Landesredakteur Thomas Gründemann stellt sie vor:

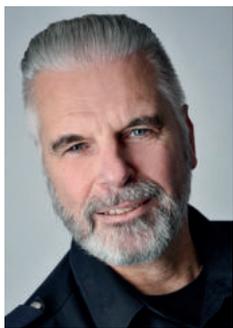


Foto: GdP

Peter Berndt

Polizeioberkommissar als Mitglied dem Personalrat an. „Aus eigener Motivation habe ich mich damals entschlossen, für den Personalrat zu kandidieren“, sagt er rückblickend. Kapitän wäre allerdings sein Traumberuf gewesen, berichtet Peter Berndt, der sich im Oktober 1981 der GdP als Mitglied angeschlossen hat.

Peter Berndt ist stellvertretender Vorsitzender des Örtlichen Personalrates bei der Polizeidirektion Itzehoe. Der 60-Jährige wurde in Duisburg geboren. Berndt ist verheiratet und Vater dreier Kinder. Seit 1992 gehört der in Vaale lebende

zwei erwachsenen Söhnen (22 und 25 Jahre). Ihren Traumberuf hatte Hamester von 1993 bis 2016. „Da war ich als Kommunikationselektronikerin bei der Landespolizei tätig, bevor diese Aufgaben durch das Outsourcing von Dataport übernommen wurden“, berichtet sie. Vor gut sechseinhalb Jahren trat die Tarifsprecherin der GdP bei, im Mai 2019 folgte die Wahl in den Personalrat. „Ich war von meinen Amtsvorgängern Hans-Jürgen Egge und Tanja de Vries angesprochen und überzeugt worden, mich für eine Kandidatur zur Verfügung zu stellen. Und ich habe es nicht bereut“, so Martina Hamester.

NACHGEFRAGT:

Hast du für deine Personalratstätigkeit einen Grundsatz?

Peter Berndt: Alle zusammen für mehr Gerechtigkeit.

Martina Hamester: Jedes Anliegen einer Kollegin oder eines Kollegen ist wichtig und verdient es, gründlich besprochen zu werden.

Warum ist dir die Personalratsarbeit so wichtig?

Peter Berndt: Ich möchte kein Zuschauer sein, sondern selbst für alle mitgestalten.

Martina Hamester: Für das Mittel der Mitbestimmung wurde lange gekämpft. Darum sollte man die Möglichkeit auch nutzen.

Hast du ein Thema, das dir als Personalrat besonders am Herzen liegt?

Peter Berndt: Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Martina Hamester: Ich setze mich dafür ein, dass die Gesunderhaltung der Tarifbeschäftigten den gleichen Stellenwert bekommt, wie die der Beamten. Das heißt, dass Dienstsport auch für Tarifpersonal unter Anrechnung von Dienstzeit zu verbuchen sein sollte.

Dein Hobby?

Peter Berndt: Reisen und Menschen treffen

Martina Hamester: Mein Garten, tanzen, lesen, Motorrad fahren

Hast du ein Lebensmotto?

Peter Berndt: In der Ruhe liegt die Kraft.

Martina Hamester: Kämpfen lohnt sich.

Was bringt dich zur Weißglut?

Peter Berndt: Vereinbarungen, die nicht eingehalten werden.

Martina Hamester: Ungerechtigkeit und wenn „über meinen Kopf hinweg“ für mich entschieden wird.

Wie vertreibst du dir schlechte Laune?

Peter Berndt: Ich konzentriere mich darauf, den Grund dafür zu suchen, und finde dann eine Lösung.

Martina Hamester: Schlechte Laune habe ich selten und wenn, dann gibt es einen Grund dafür. Also: Erst einmal Dampf ablassen (über die Hobbys) und dann die Ursache bekämpfen!

Was wünschst du dir für die Zukunft?

Peter Berndt: In diesen Zeiten steht sicherlich die Gesundheit an erster Stelle.

Martina Hamester: Mehr Anerkennung der Tarifbeschäftigten in der Landespolizei. ■



Foto: GdP

Martina Hamester

Die 54-Jährige wurde in Glückstadt geboren. Dort lebt sie auch. Martina Hamester ist verheiratet und Mutter von



Mahnung zur Wachsamkeit

76. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz: Abordnung der Landespolizei legte Kranz an Gedenkstätte des damaligen „Arbeitserziehungslagers“ Nordmark in Kiel-Hassee ab

Kiel – Es war ein Tag, an dem ganz Deutschland an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 76 Jahren und der schlimmen Verbrechen der Nazis gedachte. Auch im Landtag wurde am 27. Januar an die grauenvollen Verbrechen unter der Nazi-Herrschaft erinnert. Und die Landespolizei mit Landespolizeidirektor Michael Wilksen beging den historischen Tag mit einer Gedenkveranstaltung gegen Rassismus, Diskriminierung und antisemitische Hetze. „Die Polizei hat in der dunkelsten Zeit Deutschlands ebenfalls eine schlimme Rolle gespielt. Das darf niemals in Vergessenheit geraten“, erinnerte Landespolizeidirektor Michael Wilksen an die Gräueltaten auch in Schleswig-Holstein und die Opfer des Nationalsozialismus. Wilksen mahnte bei einer Kranzniederlegung an einer kleinen Gedenkstätte Nordmark in Kiel-Hassee an diesen Ort (s. Hintergrund). Mit einer Abordnung, zu der Juliane Bohrer, Martin Fren-

zel und Götz von Elbe gehörten, hatte der Landespolizeidirektor anlässlich des Holocaust-Gedenktages einen Kranz mit den Landesfarben niedergelegt. „Diese Kranzniederlegung soll der Auftakt eines sich jährlich wiederholenden Gedenkens sein“, sagte Michael Wilksen.

Der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger würdigte die Bemühungen der Landespolizei: Es sei richtig und wichtig, dass sich die Spitze der Landespolizei deutlich und zugleich sensibel gegen jede Form des Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit positioniere. Die besondere Rolle der Polizei im Staat bedeute auch besondere Verantwortung. „Gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei beweisen jeden Tag durch professionelles Handeln ihr Eintreten für unseren demokratischen Rechtsstaat, so der GdP-Landeschef.

Thomas Gründemann

Hintergrund:

Die Landespolizei ist mit der Gedenkstätte Yad Vashem durch eine Kooperation freundschaftlich verbunden und hat die Erinnerungsaktion mit einem eigenen Beitrag unterstützt. Dabei hat sich die Landespolizei nach eigenen Recherchen für die gezielte Auswahl einer Person mit einem Bezug zu Schleswig-Holstein und auch zur damaligen Polizei entschieden: Stellvertretend für alle Opfer des Nationalsozialismus gedenkt die Landespolizei mit diesem Eintrag Henriette Pins (geb. Baum). Sie lebte in Herne und wurde 1942 von dort zunächst in das Rigaer Ghetto, drei Jahre später im April 1945 schließlich in das Arbeitserziehungslager Kiel-Hassee deportiert. Der Weg von Riga nach Kiel führte die 69jährige zunächst mit einem Schiff nach Hamburg ins Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Knapp sieben Wochen später wurde Henriette Pins mit vielen weiteren Häftlingen am 12. April 1945 in mehreren Kolonnen von Hamburg auf einem viertägigen Marsch in das 85 Kilometer entfernte Arbeitserziehungslager Nordmark in Kiel-Hassee getrieben. Hier ist sie am 25.04.1945 durch eine intravenöse Injektion mit Benzin ermordet worden, nur fünf Tage vor der Befreiung durch die Alliierten. Verantwortlich für diesen und die anderen 577 Morde an Häftlingen des Arbeitserziehungslagers Nordmark in Kiel-Hassee war neben dem zu Tode verurteilten Kommandanten des Lagers, Johannes Post, auch der Leiter der Kieler Geheimen Staatspolizei Fritz Schmidt, der das Lager nach seinem Amtsantritt im Februar 1944 umgehend einrichten ließ.



Ferienhäuser DK 2021



Angebote Sommer



Marielyst, Falster:
6 Personen, 90 m², 900 m zum Wasser,
z.B. 03.07. - 10.07.2021
ab 1.080 €



Henne, Südliche Nordseeküste:
6 Personen, 102 m², 2,5 km zum Wasser,
z.B. 03.07. - 10.07.2021
ab 902 €



Blåvand/Ho, Südliche Nordseeküste:
6 Personen, 86 m², 1,4 km zum Wasser,
z.B. 10.07. - 17.07.2021
ab 908 €



Bork Havn, Ringkøbing Fjord:
6 Personen, 87 m², 1,2 km zum Wasser,
z.B. 10.07. - 17.07.2021
ab 990 €



Hejlsminde Strand, Süd-Östl. Jütland:
6 Personen, 55 m², 700 m zum Wasser,
z.B. 03.07. - 10.07.2021
ab 825 €



Bork Havn, Ringkøbing Fjord:
6 Personen, 101 m², 600 m zum Wasser,
z.B. 10.07. - 17.07.2021
ab 986 €

Angebote Herbst



Rømø/Lakolk:
6 Personen, 81 m², 500 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 770 €



Blåvand, Südliche Nordseeküste:
8 Personen, 119 m², 1,4 km zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 801 €



Rømø/Havneby:
6 Personen, 113 m², 800 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 600 €



Blåvand, Südliche Nordseeküste:
6 Personen, 134 m², 100 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 890 €



Blåvand, Südliche Nordseeküste:
6 Personen, 91 m², 900 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 650 €



Blåvand, Südliche Nordseeküste:
8 Personen, 115 m², 500 m zum Wasser,
z.B. 02.10. - 09.10.2021
ab 680 €

Information und Buchung:

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

**Kostenfreie Stornierung bis zu 15 Tage vor Ankunft in 2021.
Gültig für ausgewählte Ferienhäuser!**





RÜCKBLICK

Tagebuch Januar

4. Januar

Auf ein Neues! Zuversichtlich starten wir in das Jahr 2021, unser Delegiertentagsjahr. Alle Daumen sind gedrückt, dass wir Schritt für Schritt, aber trotzdem schnellstmöglich unser „altes Leben“ zurückerhalten. Bei der Floskel „Gesundes Neues!“ schwingt in diesem Jahr die Hoffnung mit, dass wir Corona bald überstanden haben werden oder zumindest damit umzugehen lernen.

Am Abend treffen wir uns direkt zur ersten Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes. Themen sind erneut Rüst- und Umziehszeiten, Bereitschaftszeiten LKA 5, der Delegiertentag im November und vor allem die diesem vorangehenden Personengruppenkonferenzen, der Verein „Polizisten für Aufklärung“, arbeitsschutzrechtliche Fragen hinsichtlich der Verwendung von FFP2-Masken und die Anwärter, die im Februar ihre Ausbildung beginnen werden.

9. Januar

Die alljährliche Klausurtagung muss leider ausfallen. Wir treffen uns zur Videoklausur, um die Terminplanung festzulegen. Großes Augenmerk legen wir auf die Mitgliederentwicklung der letzten zehn Jahre. Dort ist erfreulicherweise festzustellen, dass diese Zahl um ca. 1.000 Mitglieder auf fast 6.000 Mitglieder gestiegen ist. Aber auch Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten in einigen Bereichen analysieren wir systematisch, um noch besser zu werden.



12. Januar

Videokonferenz mit der Polizeibeauftragten Frau El Samadoni und ihrer Mitarbeiterin Frau von Petersdorff zum Thema Fürsorge bei und nach Corona-Infektion. Gemeinsam erörtern wir Möglichkeiten der Ergänzung und Erweiterung des Fürsorgeleitfadens in der Landespolizei. Es bedarf

hier einer rechtlichen Konkretisierung und verbindlichen Regelung für die Lücken, die sich im Beamtenversorgungsrecht aktuell zeigen. Die Anerkennung als Dienstunfall bei COVID-19-Infektionen im dienstlichen Kontext ist zwar nicht unmöglich, aber denkbar schwierig durchzusetzen. Deshalb kommen wir überein, dass die bisherigen Bestimmungen des Beamtenversorgungsgesetzes angepasst und verändert werden sollten. Die Beweislast darf nicht allein bei den erkrankten Kolleginnen und Kollegen liegen. Hier sind – mindestens beschränkt auf Pandemiezeiten – Beweiserleichterungen in schwierigen Lebenssituationen angezeigt.

13. Januar

Der bevorstehende Einsatz in Flensburg zur Räumung des Bahnhofswaldes bewegt die Gemüter hinter den Kulissen. Anrufe von besorgten Kollegen lassen uns erneut zu einer Telefonkonferenz im GLV zusammenkommen, um eine Strategie vor allem hinsichtlich der möglichen Öffentlichkeitsarbeit zu besprechen. Am Abend schafft Holstein Kiel das Unmögliche und besiegt Bayern München im Fußballpokal.

21. Januar

Wir erfahren von einem tragischen Autounfall. Unser Mitglied Dennis Prüß sowie seine Lebensgefährtin Katharina Boraus sind in der Nacht aus dem Leben gerissen worden. Wir sind wie gelähmt und tief betroffen. Der Blick auf das Wesentliche im Leben wird geschärft. Wie schnell kann so ein Unglück alles verändern? Unsere Gedanken sind bei den Familien der Betroffenen.

Konzentriertes Arbeiten fällt an diesem Tag schwer. Dennoch sollten erneut 17 Fälle von der Rechtsschutzkommission behandelt werden.



Susanne Rieckhof



Foto: Gründerteam

Am Abend dann stellen wir auch eine Traueranzeige für Dennis in den Sozialen Medien ein. Die Anteilnahme ist überwältigend. So erreichen wir mit diesem dramatischen Ereignis viele Menschen und begrüßen alsbald unseren 4.000-ten Follower. Darauf hätten wir gern noch etwas gewartet, wenn Dennis dafür hätte in unserer Mitte weiterleben können ...

25. Januar

Der Stellvertretende Landesvorsitzende Sven Neumann als Verantwortlicher für die Anwärterwerbung und ich treffen uns mit dem Neumitglied Sandra. Sie ist von der GdP begeistert und überzeugt, sodass sie noch vor Ausbildungsbeginn am 1. Februar eingetreten ist. Sie erhält von uns die Einsatztasche sowie wertvolle Zusatzinformationen, warum es sich lohnt, in der GdP organisiert zu sein.



Foto: Susanne Rieckhof (3)

Anschließend gehen Sven und ich erstmals auf Instagram live. Das ist für das erste Mal auch recht erfolgreich und kann einige Fragen beantworten. Das Video kann man nach wie vor aufrufen, wenn ihr unserem Account „gdp_schleswig.holstein“ folgt.

29. Januar

LV-Sitzung per Video. Neben vielen aktuellen Themen, vielfach zum Thema Corona, und den Berichten aus den einzelnen Regional- und Personengruppen sowie Landesfachausschüssen machen wir ein Experiment: Digitale Gruppenarbeit zum Delegiertentag. Das war total effektiv. In kurzer Zeit konnten wir uns auf ein Motto für den 32. Delegiertentag einigen. Es wird lauten: **GdP SH. Zukunft. Gemeinsam. Gestalten. #mitklarerhaltung.** Außerdem konnten einige Eckpfeiler beschlossen werden. Auch die Personengruppenkonferenzen wurden einstimmig in den Juni verlegt. Sie finden nunmehr in der 23. KW statt.